

047. Sitzung des 5. Sächsischen Landtages, 15.12.2011

**REDE von MdL Annetrin Klepsch zum Antrag der Fraktion SPD in Drs 5/7470 „Förderprogramm Schulsozialarbeit auflegen - Schulsozialarbeit an allen Schulen in Sachsen“**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident,  
meine Damen und Herren,

und täglich grüßt das Murmeltier, sprich, es gibt Dauerbaustellen, in denen die Opposition offenbar so lange rumwaten muss, bis die Staatsregierung auch einsieht, dass dort etwas zu tun ist.

Deshalb war es durchaus richtig, das Thema Schulsozialarbeit heute erneut auf die Tagesordnung des Landtags zu setzen.

Die Schulsozialarbeit als notwendige Ergänzung der schulischen Wissensvermittlung und als niederschwellige pädagogische Gelegenheitsstruktur ist bundesweit Thema, spätestens seit den Verhandlungen zum Bildungs- und Teilhabepaket vor einem Jahr.

Nur die sächsische Staatsregierung muss man gewissermaßen zum Jagen tragen, damit es nicht bei einigen bescheidenen Schulsozialarbeiterstellen im Berufsvorbereitungsjahr bleibt.

Ich vermute, dass Sozialministerium wird uns nachher die Förderrichtlinie zur Schulsozialarbeit anpreisen, die Anfang Juli veröffentlicht wurde.

Ich wies bereits in der letzten Plenardebatte zu diesem Thema darauf hin, dass die Förderrichtlinie ein politisches Feigenblatt zur falschen Zeit und unterfinanziert war. Denn erstens sind die Landkreise kaum in der Lage, mitten im Jahr aus einem beschlossenen Haushalt für ein neues Projekt 20 Prozent der Kosten zu kofinanzieren. Zweitens wird laut Ausschreibung pro Landkreis nur ein Projekt an einer Mittel- oder Förderschule bewilligt, die noch keine Schulsozialarbeit hat.

Grundschulen wurden leider von vornherein ausgenommen, obwohl die Landesarbeitsgemeinschaft Schulsozialarbeit empfiehlt, bereits in der Grundschule zu beginnen.

Wenn sich das Sozialministerium in seiner Stellungnahme zum Antrag darauf zurückzieht, Schulsozialarbeit falle in den Bereich der weisungsfreien kommunalen Pflichtaufgaben und man formaljuristische Gründe heranzieht, dann zeugt dies nicht von Fachkompetenz und dem politischen Gestaltungswillen eines Ministeriums, sondern von Ignoranz und Unkenntnis der eigenen Verlautbarungen.

Im Dritten Kinder- und Jugendbericht des Freistaates von 2009 hieß es in der Stellungnahme der Staatsregierung nämlich noch: ... es sei „fachlich durchaus nachvollziehbar, Schulsozialarbeit nicht (nur) als „Feuerwehr“ bei verfestigten Problemlagen oder in sozialen Brennpunkten einzusetzen, sondern als „notwendiges Qualitätsmerkmal von Schulen in Sachsen“ zu verstehen.“

Doch die Praxis auf kommunaler Ebene beweist das Gegenteil. Je nach Gutdünken, Kassenlage und fachlicher Kompetenz der Sozialdezernenten und Jugendamtsleiter in den Landkreise werden Mittel für die Schulsozialarbeit bereit gestellt oder eben auch nicht.

Der Landkreis Leipzig und die Stadt Leipzig sind hier in einer positiven Vorreiterrolle, die Stadt Dresden verfolgt ebenfalls gezielt den Ausbau der Projekte. Alle drei Gebietskörperschaften haben übrigens positive Erfahrungen damit gemacht, mit der Schulsozialarbeit bereits in der Grundschule zu beginnen.

Die Landkreise wiederum, die bekanntlich alle davon betroffen sind, dass die Zahl junger Menschen bei ihnen abnimmt, können aus der demografisch bedingt sinkenden Jugendpauschale keine neuen Projekte finanzieren, ohne andere Angebote zu kürzen oder zu schließen.

Ich weiß, die KollegInnen von schwarz-gelb und die Staatsregierung hören es nicht gern, aber ich muss auch heute darauf hinweisen. Mit der Kürzung der Jugendpauschale um ein Drittel Anfang 2010 haben Sie der Kinder- und Jugendarbeit in Sachsen den Boden unter den Füßen weggezogen.

Die von der LINKEN beantragte Anhörung im Schulausschuss vor drei Monaten hat es deutlich gemacht: die Kürzung der Jugendpauschale hat zu Stellen- bzw. Stundenkürzungen bei den etablierten Projekten der Schulsozialarbeit geführt. An neue Projekte ist das kaum zu denken. Das weiß das Sozialministerium auch, denn schließlich ist aufgrund der neuen Förderrichtlinie vom Juli bis jetzt kein einziges Projekt gestartet, sondern die Landkreise werden frühestens im Jahr 2012 beginnen.

Darüber hinaus sind zwei Jahre Laufzeit viel zu kurz angesetzt, denn zur erfolgreichen Implementierung von Schulsozialarbeit an einer Schule und in einem Stadtteil rechnet man mit drei bis vier Jahren.

Hoffen lässt, dass das SMS jetzt plant, die restlichen ESF-Gelder, die bis 2013 noch ausgegeben werden müssen, zielgerichtet für die Kompetenzentwicklung von Jugendlichen an Schulen auszugeben. Auf die Details darf man jedoch gespannt sein.

Der Antrag der SPD geht in die richtige Richtung, weil er die flächendeckende Notwendigkeit von Schulsozialarbeit betont und ein eigenes Finanzierungskonzept verlangt. Ob die kommunale Bedarfsprognose der richtige Maßstab ist, daran habe ich meine Zweifel, weil prognostizierte Bedarfe bekanntlich zu Mehrausgaben führen und diese scheuen die Kommunen angesichts der Haushaltlage.

Woher soll ein Landkreis wie Görlitz solche wichtigen Zusatzaufgaben finanzieren, wenn dort sogar gerade der Anspruch auf einen Kita-Platz aus Kostengründen auf sechs Stunden begrenzt wurde?!

Insgesamt ist der Antrag der SPD jedoch vernünftig, nun muss die Staatsregierung ihre Hausaufgaben machen und die Fraktion DIE LINKE wird deshalb zustimmen, um zur Durchsetzung der Schulsozialarbeit weiterhin beizutragen.

Vielen Dank.